



Leseprobe aus Kiess et al., Krisen und Soziologie,
ISBN 978-3-7799-6942-6 © 2023 Beltz Juventa
in der Verlagsgruppe Beltz, Weinheim Basel
[http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/
gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-6942-6](http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-6942-6)

Inhalt

Einleitung. Krisen erkennen, Krisen analysieren: die Soziologie in Zeiten multipler Krisenkonstellationen

Johannes Kiess, Jenny Preunkert, Martin Seeliger, Joris Steg 7

I. Krisen erkennen 21

Alles Krise, oder was? Ein Beitrag zur Begriffsschärfung
und Erfassung heutiger Krisen

Tjorven Harmsen, Oliver Ibert 22

Krisen als Schlüsselthema für die Entwicklung der Soziologie.
Über die Relevanz einer besonderen Interdependenz

Joris Steg 41

Krise und Kritik. Das schwierige Geschäft soziologischer Zeitdiagnose
Hans-Peter Müller 63

Krisenframes und Krisen framen. Zur politischen Soziologie der Krise
Johannes Kiess 79

Was leistet das Konzept der Legitimationskrise?
Ulf Bohmann 98

II. Krisen analysieren 117

Krise und Konflikt. Spannungen zwischen Wissenschaft
und Demokratie in der Corona-Pandemie
Alexander Bogner 118

Mobilität, Krise, Kontingenz
Heidrun Friese 138

Eurokrise und Coronakrise im Vergleich. Warum in der Corona-Pandemie
Gemeinschaftsanleihen eingeführt wurden
Jenny Preunkert, Georg Vobruba 163

Spielarten der Krisenbewältigung. Formen der Arbeitsmarktanpassung in
europäischen Beschäftigungsregimen
Sven Broschinski 183

Gewerkschaften in der Transformationskrise. Die Imagination von Zukunftsszenarien der Dekarbonisierung, Digitalisierung und europäischen Integration aus arbeitspolitischer Perspektive <i>Janis Ewen, Marvin Hopp, Martin Seeliger</i>	207
Krise und Krisenbewegung <i>Nils Kumkar</i>	229
Im Schatten der Individualisierung. Jugend als Krise, Verschwörungsglaube als Heil? <i>Kazim Celik, Marius Dilling, Johannes Kiess</i>	245
Die Autorinnen und Autoren	268

Einleitung

Krisen erkennen, Krisen analysieren: die Soziologie in Zeiten multipler Krisenkonstellationen

Johannes Kiess, Jenny Preunkert, Martin Seeliger, Joris Steg

Die Krisenkaskade von der Finanz- zur Wirtschafts- und nahtlos zur Staatsschulden- und Eurokrise war kaum überwunden, die politischen Krisen in einigen EU-Mitgliedsländern hielten noch an, da beherrschte ab 2015 mit der sogenannten Flüchtlings-»Krise« eine neue Krise den politisch-medialen Diskurs. Mit der Wahl von Donald Trump zum US-amerikanischen Präsidenten und dem Brexit wurde vielfach eine Krise der liberalen Demokratie, gekennzeichnet durch den globalen Aufstieg des Nationalismus, Rechtspopulismus und Autoritarismus, konstatiert. Spätestens mit dem Aufkommen der Fridays for Future-Bewegung wurde sodann die Klimakrise ins kollektive Bewusstsein gerückt. Im März 2020 brach mit der Covid-19-Pandemie eine neue globale Krise herein, die zumindest kurzfristig von der in ihren Auswirkungen längst allorten spürbaren Klimakrise ablenkte. Seit Ausbruch der Pandemie hat sich das Leben in rasender Geschwindigkeit verändert. Gewissheiten wurden aufgehoben, Grundrechte außer Kraft gesetzt, nicht für möglich gehaltene Einschränkungen des öffentlichen und privaten Lebens beschlossen. Covid-19 war allerdings keineswegs der Schlusspunkt der Krisenabfolge, vielmehr gingen im Jahr 2022 mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine steigende Inflationsraten, eine neue Energiekrise und eine Krise der globalen Wirtschaft einher. Immer wieder ist, um die von heftigen Krisen geschüttelte Gegenwart zu charakterisieren, von der »neuen Normalität« und einer »Zeitenwende« die Rede.

Die Covid-19-Krise und die multiplen Krisenkonstellationen der Gegenwart waren für uns als Herausgeber:innen nicht nur ein guter Anlass, sich mit den weitreichenden gesundheitlichen, ökonomischen, politischen, sozialen und psychologischen Folgen sowie mit den Konturen der Post-Corona-Gesellschaft auseinanderzusetzen, sondern vor allem, um uns aus soziologischer Perspektive und auf einer grundsätzlichen Ebene mit Krisen zu befassen. Der aus dieser Auseinandersetzung entstandene Sammelband führt unterschiedliche theoretische Positionen und methodische Zugänge zum Phänomen Krise zusammen und diskutiert diese unter anderem am Beispiel der aktuellen Krisen. Interessiert waren wir an theoretisch-konzeptionellen, an methodisch-empirischen sowie an Beiträgen, die auf den sozialen Konstruktionscharakter von Krisen abheben. Zunächst skizzieren wir im nächsten Abschnitt einen theoretischen Rahmen, mit dem wir die Beiträge in einen Zusammenhang stellen. Sodann wird am Beispiel

von Legitimationsproblemen und (neuen) Ungleichheiten zum einen auf die Aktualität und Relevanz von Krisen eingegangen, zum anderen werden potenzielle sozialwissenschaftliche Forschungsfelder zum Thema Krise expliziert. Abschließend stellen wir die Beiträge des Buches kurz vor.

Krise als Normalzustand?

Die einleitende Aufzählung macht deutlich, dass Krisen in modernen kapitalistischen Gesellschaften eigentlich nichts Außergewöhnliches sind, ganz im Gegenteil: Krisen sind in der Moderne geradezu allgegenwärtig und omnipräsent. Tatsächlich existiert wohl kaum ein anderer Begriff, der in der jüngeren Vergangenheit und Gegenwart den wissenschaftlichen, politischen, medialen und öffentlichen Diskurs in vergleichbarer Weise prägt. Mithin werden Krisen daher als Dauer- oder Normalzustand angesehen, der Ausnahmezustand gilt als Normalfall (Nassehi 2021, 2012), moderne Gesellschaften werden »in der Dauerkrise« (Rosa/Reckwitz 2021, S. 119) gesehen und das 21. Jahrhundert als Epoche, in der »die Krise endgültig zum Normalzustand geworden ist« (Lessenich 2022, S. 39), interpretiert. Dass ständig Krise wäre und dass Krise als Normalität oder auch als »neue Normalität« zu begreifen sei, widerspricht jedoch der Intention des Begriffs, zum einen auf eine Abweichung von einem als normal deklarierten Zustand und zum anderen auf einen geordneten Ausgangspunkt sowie eine Lösung der Krise zu verweisen.

Wie steht es also um den Krisenbegriff in der Soziologie? Wenn sich nun die Gesellschaft wirklich dauerhaft in irgendwelchen Krisen befindet, kann es dann noch sinnvoll sein, diesen Zustand sich abwechselnder Dauerkrisen als Krisenzustand zu rahmen? Oder anders gefragt: Wenn Krisen normal sind, die Normalität also aus Krisen besteht, was kann der Krisenbegriff zum soziologischen Verständnis dieser krisenhaften Normalität beitragen? Und wie kann Krise überhaupt definiert werden?

Antonio Gramsci definierte Krisen aus marxistischer Perspektive als »Interregnum«, als liminale Phase, in der »das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann« (Gramsci 1991, S. 354). Für Joseph Schumpeter (2005) spielen wirtschaftliche Abschwünge und Krisen eine zentrale und funktionale Rolle im Prozess der »schöpferischen Zerstörung«. Krisen liefern gemäß dieser Sichtweise einen Erneuerungsimpuls, weil sie einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung ermöglichen. Für Jürgen Habermas verweisen Krisen auf »Abweichungen des betroffenen Organismus von seinem Sollzustand, dem Normalzustand« (Habermas 1973, S. 9). Um von Krisen zu sprechen, müssen, so Habermas, sowohl objektive wie auch subjektive Kriterien gegeben sein: Nur »wenn die Gesellschaftsmitglieder Strukturwandlungen als bestandskritisch erfahren und ihre soziale Identität bedroht fühlen, können wir von Krisen sprechen« (Habermas 1973,

S. 12). Manfred Prisching analysiert Krisen in systemtheoretischer bzw. evolutionstheoretischer Perspektive als »historische Prozesse in sozialen Systemen, die dadurch gekennzeichnet sind, daß Funktionszusammenhänge sozialer Systeme soweit gestört werden, daß der Fortbestand des Systems bedroht ist« (Prisching 1986, S. 68). Sylvia Walby verwendet ebenfalls eine systemtheoretische Krisendefinition. Sie interpretiert Krisen als Skalenproblem, also als Phänomen, bei dem aus einem kleinen Problem ein großes Problem entsteht. Konkret ist Krise für sie der Moment, »when there is the possibility of large-scale change consequent up-on a small event in a narrow window of time. The lack of proportionality between cause and consequence is inherent to the definition of crisis« (Walby 2015, S. 34).

Der Krisenbegriff ist nicht leicht zu definieren. Auf einer allgemeinen Ebene können Krisen »als sich zuspitzende Entscheidungsphasen mit prinzipiell offenem Ausgang« (Steg 2020, S. 430) definiert werden. Auch wenn der Ausgang von Krisen kontingent ist, sollte der Krisenbegriff, um ihn als wissenschaftliche Analysekategorie sinnvoll verwenden zu können, weder einer alltagssprachlichen Beliebigkeit verfallen noch für jede Problemlage verwendet werden, sondern »für gravierende Abweichungen von der Normalität und für kritische, potenziell bestandsgefährdende Phasen reserviert sein« (Steg 2020, S. 431). Gravierend sind Krisen vor allen Dingen dann, wenn sie unmittelbar oder mittelbar eine sehr große Zahl der Gesellschaftsmitglieder betreffen, wenn sie die Substanz des politischen Systems betreffen und/oder dessen soziale und ökonomische Voraussetzungen. Vereinfacht gesagt sind Krisen dann gravierend für eine Gesellschaft, wenn sie die Grundlagen ihrer Legitimation berühren.

Die Soziologie wiederum hat sich historisch als Krisenwissenschaft konstituiert und etabliert. Den Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft untersuchten die klassischen Vertreter des Faches, indem sie soziale Probleme und Krisenphänomene als Ausdruck entsprechender Modernisierungsentwicklungen interpretierten. Ausbeutung und Entfremdung (Marx), Anomie (Durkheim), Borniertheit (Simmel) und Sinnverlust (Weber) markierten die Verwerfungen, die der rapide soziale Wandel im Alltagsleben der Bürger:innen hervorgerufen hatte. Trotz dieses historischen Ursprungs und des andauernden Bezugs der Soziologie auf Krisen in modernen Gesellschaften hat sich innerhalb der Disziplin weder ein einheitliches Verständnis noch eine allgemeingültige Definition von Krise herausgebildet. Wie Reinhart Koselleck bereits Mitte des letzten Jahrhunderts feststellte, bleibt der Krisenbegriff »ein Schlagwort, das nur in einigen wissenschaftlichen Kontexten mit kategorialer Stringenz verwendet wird« (Koselleck 1982, S. 647). Eine Bestandsaufnahme und fachweite Debatte, die unterschiedliche Positionen und Perspektiven gegenüberstellt, fehlt. Vor diesem Hintergrund führt der Sammelband forschungslogische, methodische und theoretische Zugänge zusammen. Zudem stehen Ursachen, Verläufe und Folgen von Krisen sowie deren politische, soziale und kulturelle Konstruktion im Zentrum.

Moderne und Krise I: Legitimationsprobleme

Moderne Gesellschaften sind funktional differenziert, kulturell heterogen und hinsichtlich der Verteilung ihrer Ressourcen und Statusordnungen stark asymmetrisch organisiert. Die funktionale Ausdifferenziertheit erhöht auf der einen Seite die Wahrscheinlichkeit und Gefahr von Krisen in den jeweiligen gesellschaftlichen Teilsystemen, die auf der anderen Seite wiederum durch die hohen Interdependenzen sich leicht zu gesellschaftlichen Krisen auswachsen können. Wie sich im Verlauf der letzten 15 Jahre mit der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der Covid-19-Krise mindestens zwei Mal zeigte, stellt diese Vielgestaltigkeit die modernen Gesellschaften vor große Integrationsprobleme. Die globalisierte Wirtschaft ist mit ihren langen Wertschöpfungsketten nicht nur störanfällig, der Kontrast zwischen einer global agierenden kapitalistischen Ökonomie und einer nationalstaatlich verfassten Politik sowie die Diskrepanzen zwischen Arbeits- und Sozialstandards im Globalen Süden und im Globalen Norden verunmöglichen eine effektive Regulierung der Ökonomie. Gleichzeitig erschwert die fortschreitende Spezialisierung einzelner gesellschaftlicher Segmente (man denke an den Finanzsektor, das Eurorecht, die Stammzellenforschung, die Algorithmensteuerung in der öffentlichen Kommunikation, Zielkonflikte zwischen Produktivität und CO₂-Ausstoß etc.) die demokratische, das heißt durch bewusste und verbindliche Entscheidungen mündiger Bürger:innen abgesicherte Legitimation dieser gesellschaftlichen Ordnung.

Die Legitimation politischer Herrschaft speist sich seit den Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts aus den Prinzipien demokratischen Regierens. Im Spiegel politiktheoretischer Erwägungen lassen sich drei Komponenten des Demokratiebegriffs unterscheiden. Diese betonen jeweils spezifische Aspekte demokratischer Herrschaft und ihrer politischen Legitimation. Republikanische Demokratietheorien betonen die prozeduralen Elemente demokratischer Gemeinwesen. Transparente und regelkonforme Verfahren politischer Ordnungsbildung gewährleisten aus dieser Perspektive die Möglichkeiten der Bürger:innen, sich am politischen Prozess zu beteiligen (siehe exemplarisch Arendt 2003). Demgegenüber betonen Fürsprecher:innen eines liberalen Demokratieverständnisses die Möglichkeiten einzelner Bürger:innen, sich selbst zu verwirklichen. Zentral für Prozesse demokratischer Ordnungsbildung erscheinen aus dieser Sicht die Möglichkeit öffentlicher Auseinandersetzungen, im Zuge derer sich kollektive Vernunftpotenziale mobilisieren lassen (Habermas 1992). Eine dritte Linie demokratietheoretischer Erwägungen nimmt die Organisation der gesellschaftlichen Arbeitsteilung sowie die verteilungspolitischen Ergebnisse, die sie hervorbringt, zum Ausgangspunkt (Marshall 1992).

Wie in den letzten zwei Jahrzehnten eine Reihe von zeitdiagnostischen und politiktheoretischen Beiträgen herausgestellt hat, weisen real existierende

Demokratien Mängel und Dysfunktionen in allen drei Dimensionen auf. So betonen etwa Crouch (2000) und Brown (2018) den zunehmenden Einfluss wirtschaftlicher Eliten auf den politischen Prozess sowie eine »schleichende Revolution« (Brown 2018) marktbasierter Gesellschaftsteuerung. Eine Aushöhlung demokratischer Verfahren in der Eurokrise erkennt weiterhin Streeck (2013) in der Austeritätspolitik der Troika. Auch mit Blick auf Parameter liberaler Demokratiebegriffe findet sich im Verlauf der letzten Jahre eine immer längere Reihe von Beiträgen, die auf Dysfunktionen im demokratischen Prozess verweisen. So beklagt etwa Müller (2016) den Verfall öffentlicher Debatten als Resultat eines Aufstiegs populistischer Parteien. Gleichzeitig konstatiert Schäfer (2015) einen »Verlust politischer Gleichheit«, indem er zeigt, wie Einkommens- und Bildungsarme ihren Glauben verlieren, durch politisches Engagement gesellschaftliche Veränderungen erzielen zu können. Eine »Regression sozialer Bürgerrechte« erkennt schließlich auch Nachtwey (2016, S. 116), indem er den Rückbau wohlfahrtsstaatlicher Institutionen und eine fortschreitende Erosion des Tarifsystems als Ursachen wachsender Einkommens- und Vermögensungleichheiten erkennt (siehe hierzu auch Piketty 2014).

Die hier genannten Mängel lassen sich vor dem Hintergrund der drei genannten Demokratieverständnisse – den republikanischen, dem liberalen und dem demokratischen – als Diskrepanzen zwischen Ideal und Praxis interpretieren. Wenn ein Ideal sozialer Demokratie etwa ein Mindestmaß an pro Kopf-Kaufkraft, bestimmte Beschäftigungsbedingungen und Möglichkeiten der Mitbestimmung am Arbeitsplatz voraussetzt, lassen sich Abweichungen hiervon in der sozialen Praxis als Symptome einer Krise der sozialen Demokratie verstehen.

Anders als im öffentlichen Bewusstsein, in dem das 21. Jahrhundert mitunter als »Aneinanderreihung von Krisen« (Lessenich 2022, S. 122) erscheinen mag, ermöglicht eine solche auf die verschiedenen Facetten des Demokratiebegriffes bezogenen Krisenkonzeption eine Bestimmung des Krisenbegriffes in Relation zur Politischen Soziologie verstanden als Demokratiewissenschaft. Die Suche nach »entscheidenden Konstruktionsfehlern« (Offe 2019, S. 119) würde hier die Programmatik einer soziologischen Perspektive bestimmen, die Ideal und Praxis (post bzw. pseudo-)demokratischer Ordnungsbildung anhaltend kontrastiert.

Die Ausrichtung einer entsprechenden Perspektive hätte in Verbindung mit einem bestimmten Demokratieverständnis zu funktionieren. Um die soziale Demokratie als Beispiel hinzuzuziehen, hinge die Stoßrichtung der Kritik hier der Konzeption von Verteilungsgerechtigkeit und dem als angemessen verstandenen Grad an Einflussnahme der Beschäftigten (Arbeitnehmer:innenmitbestimmung vs. Diktatur des Proletariats) ab. Die prinzipielle Offenheit eines solchen Ansatzes ermöglicht eine breite Anschlussfähigkeit.

Moderne und Krise II: (neue) Ungleichheiten

Krisen erschüttern gesellschaftliche Strukturen, allerdings sind nicht alle Mitglieder einer Gesellschaft gleichermaßen von einer Krise und ihren Folgen betroffen. So wurde das Covid-19-Virus in Teilen von Südamerika als »La peste de los chetos« (Der Spiegel 2020. S. 19) bezeichnet. Denn in vielen Länder wurde das Virus wohl vielerorts von Wohlhabenden aus dem Auslandsurlaub gebracht; ein besonders hohes Risiko, sich anzustecken bzw. keine ausreichende medizinische Hilfe zu erhalten, hatten dann aber die Armen in den Ländern.

Vor dem Virus sind keinesfalls alle gleich, wie kurz nach Ausbruch der Pandemie oftmals behauptet wurde, vielmehr handelt es sich bei Covid-19 um ein »Inequality Virus« (Oxfam 2021), sind die Konsequenzen der Pandemie und der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sowohl inner- wie auch zwischen-gesellschaftlich höchst ungleich verteilt und vertieft die Covid-19-Pandemie bestehende soziale Spaltungen. Zwar handelt es sich bei der Pandemie tatsächlich um eine globale und gesamtgesellschaftliche Krise, die keine territorialen Grenzen kennt – aber diese Krise kennt durchaus soziale Klassen.

Weltweit ließ und lässt sich etwa beobachten, dass Menschen, die beengt leben und aufgrund ihrer Arbeitssituation viele Menschenkontakte haben, ein höheres Ansteckungsrisiko und eine höhere Sterblichkeitsquote haben (Kendi 2020). Aber auch die sozialen und ökonomischen Belastungen der Pandemie sind ungleich verteilt. Lockdown-Restriktionen und soziale Distanzregeln ließen sich bei größerem Wohnraum leichter und angenehmer umsetzen als in beengten Wohnverhältnissen. Während sich reiche Haushalte aus Städten wie Paris oder New York raus in die Landwesen zurückzogen, mussten sich ärmere Haushalte den neuen Herausforderungen wie Home Schooling und Home Office – sofern es überhaupt möglich war – auf engstem Raum stellen (Eckardt 2020; New York Times 2020; Verlič 2020). Reduziert wurden während der Covid-19-Pandemie des Weiteren vor allem einfache Arbeiten, hier stieg die Arbeitslosigkeit überproportional; soziale Ungleichheiten verschärfen sich. So gaben bei einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung knapp 30 Prozent der Befragten eine pandemiebedingte Verschlechterung der finanziellen Haushaltssituation an, bei den übrigen Befragten kam es zu keinen Veränderungen oder sogar zu Verbesserungen (Korczak/Peters/Roggemann 2021).

Ähnliche Beobachtungen ließen sich bereits während der Finanzmarktkrise und der Eurokrise machen: Nicht alle Individuen und Haushalte waren von den Krisen gleichermaßen betroffen, vielmehr waren es vor allem die ökonomisch schwächeren Haushalte, die besonders häufig besonders stark beeinträchtigt wurden, weshalb die Ungleichheiten in Folge der Krisen in den Gesellschaften zunahm (Broschinski 2020; Weishaupt/Ebbinghaus/Wendt 2013).

Nicht nur in den Gesellschaften nahmen die Unterschiede zu, sondern auch zwischen den Gesellschaften. Krisen können manche Staaten stärker treffen als

andere. So gefährdete die Eurokrise zwar den Währungsraum Eurozone, allerdings waren die ökonomischen Lasten der Krise ungleich verteilt. Während die Arbeitslosenzahlen in den so genannten Schuldnerstaaten stieg, sank sie in den so genannten Gläubigerstaaten (Preunkert 2020). Aber auch die Pandemie, die scheinbar alle Länder gleichermaßen trifft, hat unterschiedliche Folgen. Gesellschaften mit ökonomisch größeren Handlungsspielräumen kamen und kommen besser durch die Krise als andere (Achar 2020; Cook et al. 2020). Insgesamt gilt, dass die ökonomischen Folgen der Krisen stark geprägt von der Krisenbetroffenheit wie auch der öffentlichen wie auch staatlichen Krisenpolitik werden. So ließen die Ölkrise in den 1970er Jahren nicht nur die Arbeitslosenzahlen in den westlichen Staaten steigen, in Reaktion auf sie wurden auch die Wohlfahrtsstaaten auf den Prüfstand gestellt und als zu umfassend empfunden (Leibfried/Obinger 2008; Kessler 2008). Zwar resultierte dies nicht sofort in einem Rückbau der Wohlfahrtsstaaten (Pierson 1996), wohl aber wurden Reformen und dabei auch der Abbau von sozialen Leistungen unter anderem mit Krisenerfahrungen begründet (Weishaupt/Ebbinghaus/Wendt 2013).

Krisen ergeben sich aus sozialen Missständen und Entwicklungen, gleichzeitig wirken sie wie auch die Krisenpolitik ebenso als Katalysatoren bestehender sozialer Ungleichheitsmuster. Denn die Folgen der Krisen treffen nicht alle Gruppen und Länder gleich. Die Konsequenz sind wachsende Ungleichheiten innerhalb wie auch zwischen den Ländern. Darüber hinaus entstehen auch neue Ungleichheitsmuster, was sich in jüngster Zeit an der Rückkehr von Wohnen als soziale Frage zeigt.

Die Beiträge des Buches

Die in diesem Band versammelten Beiträge lassen sich unterteilen in eine Gruppe von Aufsätzen, die allgemein den Begriff der Krise und das Verhältnis der Soziologie zur Krise behandeln, und in eine zweite Gruppe von Aufsätzen, die sich mit spezifischen Krisen auseinandersetzen. Zum einen geht es also darum, Krisen zu erkennen und zu verstehen. Zum anderen geht es darum, (konkrete) Krisen zu analysieren und zu betrachten. Im Folgenden fassen wir die Beiträge kurz zusammen.

Im ersten Teil des Bandes gehen Tjorven Harmsen und Oliver Ibert in ihrem Beitrag »Alles Krise, oder was?« von der Ausgangsbeobachtung aus, dass sich der Begriff der Krise nicht erst seit der Corona-Pandemie in einem nahezu inflationären Gebrauch befindet. Daher bieten sie in ihrem Beitrag drei Konzeptionsangebote, die auf eine Begriffsschärfung abzielen und eine fundierte Krisenanalyse ermöglichen. Erstens wird für ein generisches Krisenverständnis plädiert, das Krisen als beobachterabhängig und in Relation zu dem jeweiligen Bezugssystem fasst. Zweitens wird vorgeschlagen, Phasen des Sinnkollapses und

des Sinnschwalls voneinander abzugrenzen, um Krisenverläufe systematischer analysieren zu können. Drittens wird zwischen akuten und latenten Lagen unterschieden. Der Begriff der Krise, so Harmsen und Ibert, sollte ausschließlich zur Beschreibung akuter Lagen genutzt werden.

Für Joris Steg haben Krisen nicht nur ihre Spuren in der Geschichte der Soziologie hinterlassen, sondern die Soziologie selbst hat sich historisch als Krisenwissenschaft konstituiert und etabliert. Indem Steg in seinem Beitrag »Krisen als Schlüsselthema für die Entwicklung der Soziologie« analysiert, nimmt er die »Relevanz einer besonderen Interdependenz« in den Blick. Nachdem zunächst Geschichte, Genese und die ursprünglichen Bedeutungen des Krisenbegriffs betrachtet werden, wird der Zusammenhang von Krise und Soziologie in historisch-genetischer und funktionaler Perspektive untersucht. Dabei zeigt sich, dass sich die Geschichte der Soziologie auch als Geschichte soziologischer Krisenanalysen und Krisendiskussionen verstehen lässt. Zudem wird in dem Beitrag ein Versuch unternommen, den Krisenbegriff definitiv einzugrenzen. Dabei wird für ein Krisenverständnis plädiert, das Krisen als doppelte Entscheidungssituationen auffasst und sich ausschließlich auf tiefgreifende Abweichungen von der Normalität und kritische, potenziell bestandsbedrohende Entwicklungen bezieht. Abschließend wird auf die Rolle und Funktion der Soziologie als kritische Krisenwissenschaft eingegangen.

Auch für Hans-Peter Müller ist die Soziologie eine Krisenwissenschaft, deren Expertise vor allem in Krisenzeiten nachgefragt wird. Seit Marxens Zeiten bedeutet das, Gesellschaftstheorie, Gesellschaftsanalyse und Gesellschaftskritik so zu verknüpfen, dass daraus evidenzbasierte Zeitdiagnosen entspringen können. Aber wie macht man das? Wie kommt man zu einer soliden Zeitdiagnose, die die Zeichen der Zeit auf den Begriff bringt? Und welche Fallstricke stellen sich bei dem ambitionierten Versuch ein, der Gesellschaft ihren Spiegel vor Augen zu halten? Diese Fragen und einige typische Probleme der Zeitdiagnostik thematisiert Müller in seinem Beitrag »Krise und Kritik. Das schwierige Geschäft soziologischer Zeitdiagnose«.

In seinem Aufsatz »Krisenframes und Krisen framen. Zur politischen Soziologie der Krise« entwickelt Johannes Kiess eine wissenssoziologische Perspektive auf Krisen und argumentiert, dass die sozialwissenschaftliche Betrachtung hinter die These der sozialen Konstruktion von Krisen nicht mehr zurückgehen kann. Krisen sind immer nur als bereits interpretierter Tatbestand – als *Frames* der Akteure – zu beobachten. Mehr noch, Akteure führen über strategische Interventionen in der Öffentlichkeit Krise(n) – also das *Framing* bestimmter Entwicklungen als krisenhaft – sowohl in alltäglichen Konflikten als Argumente als auch im Sinne eines *window of opportunity* zur Veränderung bestehender Konfliktrahmen an. Aus der (wissens-)soziologischen Perspektive rücken dann Ideen – ökonomisches Wissen, politisches Wissen, technisches Wissen, Erfahrungswissen – als Erklärungsfaktor für Akteurshandeln ins Zentrum. Erst durch wissensabhängige

Situationsdeutungen vermittelt werden auch Interessen relevant für die Erklärung von Akteurshandeln.

Die Omnipräsenz von Krisendiagnosen in puncto Demokratie, so Ulf Bohmann in seinem Aufsatz »Was leistet das Konzept der Legitimationskrise?«, birgt die Gefahr, jegliche begriffliche Schärfe einzubüßen. Der Beitrag geht demgegenüber von der Annahme aus, dass ein Konzept erforderlich ist, das weder zu kleinteilig noch zu diffus ist, um adäquat adressieren zu können, in welchem Sinne sich Demokratie heute in einer Krise befindet. Bohmann schlägt vor, dass der Begriff der Legitimationskrise ein soziologisch vielversprechender Kandidat ist, da er etwa gegenüber typisch politikwissenschaftlichen Zugängen den Vorteil hat, über die inhärente Verbindung zur Kapitalismusanalyse sowohl eine robuste gesellschaftliche Verankerung aufzuweisen als auch eine Erklärung mitliefert, warum es überhaupt zu einer Demokratiekrise kommt (und ob das notwendigerweise ein Problem ist). Der Beitrag schlägt gleichwohl kein allumfassendes Idealkonzept vor, sondern prüft und vergleicht einschlägige konzeptuelle Vorschläge. Während die Etablierung des Begriffs der Legitimationskrise ein Kind der 1970er ist, handelt es sich jedoch nicht um ein bloß historisches, mittlerweile obsoletes Konzept, ganz im Gegenteil: Der Begriffseinsatz erfährt seit Kurzem geradezu eine Renaissance. Es werden fünf einschlägige Ansätze untersucht, und zwar von Jürgen Habermas, Charles Taylor, Hauke Brunkhorst, Wolfgang Streeck und Nancy Fraser. Die Analyse erfolgt in drei Schritten: Erstens werden die Ansätze einzeln dargestellt. Zweitens werden ihre Hauptmerkmale sowie Stärken und Schwächen herausgearbeitet und in Beziehung gesetzt. Drittens werden die Chancen und Schwierigkeiten eines integrativen Ansatzes entlang von vier vorgeschlagenen Dimensionen diskutiert: die Grundprinzipien einer Legitimationskrise, ihre Ambition und Ausrichtung, ihre Reichweite und Spezifität sowie ihre zeitabhängigen, historischen Anwendungsbedingungen. Das Ergebnis ist sowohl die Erleichterung einer sinnvollen Auswahl zwischen den Ansätzen als auch der Hinweis auf Kriterien und Gefahren der weiteren konzeptionellen Aufbauarbeit einer facettenreichen Soziologie der Krise.

Im zweiten Teil des Bandes versammeln sich Beiträge zu konkreten Krisenanalysen bzw. Krisenbetrachtungen und -beobachtungen. Den Auftakt macht Alexander Bogner mit seinem Aufsatz »Krise und Konflikt. Spannungen zwischen Wissenschaft und Demokratie in der Corona-Pandemie«. Ausgehend von einem Verständnis von Krisen als Sinnkrisen vertritt dieser in seinem Text die These, dass Krisen der Gegenwart (Coronakrise, Klimakrise, Demokratiekrise) als Wissenskrisen zu verstehen sind. Krisen erscheinen somit als Folgen der Ignoranz überforderter Wähler:innen sowie der Unfähigkeit zum angemessenen Handeln inkompetenter Politik. Krisensituationen, so die Schlussfolgerung, fördern ganz offensichtlich problematische Rollen(kon)fusionen, und zwar auf Seiten der Politik wie auch der Wissenschaft. Während Fachleute mittels der Konstruktion von Konsens Politik zu betreiben beginnen, legitimiert sich demokratische

Politik durch Verweis auf wissenschaftliche Wahrheit. So scheint der Glaube an die Macht des Wissens der demokratiepolitisch bedenklichste Aspekt dieser Krisen zu sein.

In ihrem Text zu »Mobilität, Krise, Kontingenz« diskutiert Heidrun Frieze den gesellschaftlichen und politischen Umgang mit Wanderungsbewegungen vom Blickpunkt einer kritischen Migrationsforschung. Im Beitrag wird die soziale und symbolische Konstruktion der sogenannten ›Flüchtlingskrise‹ als Geflecht von widerstreitenden, spannungsreichen Praktiken politischer Akteure im Mehrebenensystem der Europäischen Union betrachtet. Vor diesem Hintergrund erscheinen Migrant:innen als Risiko, die den Zusammenbruch geltender Regeln symbolisieren. Die soziale Konstruktion der Krise funktioniert über die stereotype Konstruktion eines devianten Gegenüber.

Jenny Preunkert und Georg Vobruba behandeln in ihrem Aufsatz die »Eurokrise und Coronakrise im Vergleich«. Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass in der Eurokrise und damit in einer finanzmarktgetriebenen Krise des gemeinsamen Währungsraums der Ruf nach Eurobonds laut wurde, jedoch weitgehend ungeachtet verhallte, während die Pandemie zu einer relativ reibungslosen Einführung ebenjener Bonds führte. Gefragt wird daher, warum die Pandemie das *window of opportunity* für Eurobonds war. Die beiden Krisen werden verglichen, wobei auch berücksichtigt wird, dass die Krisen sich durch ihre zeitliche Nähe beeinflussen, sprich dass die Erfahrungen aus der Eurokrise auch Auswirkungen auf das spätere Krisenmanagement hatten. Gezeigt wird, dass sich zwischen der Eurokrise und der Coronakrise entscheidende Unterschiede in den Konfliktkonstellationen ergeben. In der Eurokrise verläuft die Konfliktlinie klar und stabil zwischen Süd- und Nord-Mitgliedern der Euro-Zone. In der Coronakrise sind die Gefährdungen breiter verteilt, die Interessen diffuser und die Chancen von Gemeinschaftsstrategien stehen besser.

In seinem Beitrag »Spielarten der Krisenbewältigung. Formen der Arbeitsmarktanpassung in europäischen Beschäftigungsregimen« untersucht Sven Broschinski die Folgen der Krisen auf den Arbeitsmarkt aus einer europäischen Perspektive. Auf Grundlage von Pseudo-Paneldaten für die Jahre 2005 bis 2020 analysiert er, wie unterschiedliche Beschäftigungsregime den Umgang mit makroökonomischen Schocks beeinflussen und dadurch den Rückgriff auf unterschiedliche Kanäle der Anpassung (Arbeitslosigkeit, Verdienste, Befristungen und Arbeitszeit) begünstigen. Die Ergebnisse zeigen erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Arbeitsmarktanpassungen in den fünf Beschäftigungsregimen – selbst wenn eine identische Krisenbetroffenheit angenommen wird. So zeigen die südeuropäischen und liberalen Länder ein hohes Maß an extern-numerischer Flexibilität, indem ein Großteil der Anpassungen über die Beschäftigtenanzahl verlief. Die nord- und westeuropäischen Länder setzten hingegen deutlich weniger auf Arbeitslosigkeit, sondern vermehrt auf intern-funktionale oder intern-numerische Formen der Anpassung, während die osteuropäischen

Länder einen Mix aus extern-numerischer, monetärer und intern-numerischer Anpassung aufwiesen. Diese Unterschiede sind vor allem auf die Institutionen des Kündigungsschutzes, der industriellen Beziehungen sowie des Wohlfahrtsstaates zurückzuführen.

Dass wir nicht mehr ganz zu Beginn des 21. Jahrhunderts in einer Phase der Transformation leben, ist in den letzten Jahren zu einem Allgemeinplatz sozialwissenschaftlichen Rasonierens geworden. Anhand der Auseinandersetzung mit gewerkschaftspolitischen Orientierungen leistet der Text »Gewerkschaften in der Transformationskrise« von Janis Ewen, Marvin Hopp und Martin Seeliger einen Beitrag zum Verständnis der Transformation. Aus einer pragmatistischen Perspektive argumentieren die Autoren, dass eine Transformation in der Gegenwart für die Akteure nur als Antizipation zugänglich ist. Für die Gewerkschaften stellt sich diese als Zusammenspiel von Globalisierung, Digitalisierung und De-Karbonisierung dar.

Die sozialwissenschaftliche Forschung zu Protesten beschäftigt sich oft beiläufig mit dem Zusammenhang zwischen sozialen Bewegungen und Krisen, macht diesen aber selten zum zentralen Gegenstand. Nils Kumkar widmet sich diesem Forschungsdesiderat und formuliert in seinem Beitrag »Krise und Krisenbewegung« ein Sowohl-als-Auch auf die Frage, ob soziale Bewegungen Indikatoren für Krisen sind oder inzwischen zu dauerhaften Begleiterscheinungen moderner, ausdifferenzierter Gesellschaften geworden sind. Dazu unterscheidet der Autor soziale Bewegungen danach, ob und wie sie sich zu gesellschaftlichen Krisen ins Verhältnis setzen lassen und argumentiert, dass die Bedingungen für das Zustandekommen von Krisen-Bewegungen in den vergangenen Jahren auch ein Schlaglicht auf die Krisendynamiken der Gegenwart werfen kann. Die in dem Beitrag entwickelte differenzierungstheoretische, reflexive Perspektive fasst Krisen einerseits als Ergebnis der Synchronisation von vormalig unabhängig verstandenen Problemstellungen und Zeithorizonten und argumentiert andererseits, dass Krisen erst dann in Bewegungen münden, wenn diese Synchronisierung auf biographische Krisen trifft. Empirisch wird das Argument anhand der Tea Party-Bewegung in den USA nachgezeichnet.

Der letzte Beitrag des Buches »Im Schatten der Individualisierung. Jugend als Krise, Verschwörungsglaube als Heil?« von Kazim Celik, Marius Dilling und Johannes Kiess untersucht, inwiefern jugendspezifisches Krisenerleben zu Radikalisierungsprozessen und zur Ausbildung eines verschwörungsideologischen Weltbildes beitragen kann. Ausgangspunkt ist die Diagnose einer doppelten Krise in der Adoleszenz: einerseits ist die Jugend selbst (entwicklungspsychologisch) eine krisenhafte Erfahrung, andererseits lassen sich soziologisch aus der Perspektive der Individualisierungstheorie zusätzliche gegenwärtige Unsicherheiten ableiten, die ein zusätzliches Krisenerleben und damit die Suche nach einfachen Erklärungsmustern und Halt induzieren, wie sie Verschwörungserzählungen oberflächlich versprechen. Solche Kompensationen stellen keinen Automatismus

dar. Die Mehrheit der Jugendlichen weist keine Verschwörungsmentalität auf. »Entgegenkommende Lebenswelten« (Habermas 1991, S. 25), in denen junge Menschen demokratische Erfahrungen machen können, bieten vielmehr wirksamen Schutz. Entsprechend kommt es aus der Perspektive der Radikalisierungsforschung auf eine multifaktorielle Betrachtung und die Berücksichtigung des sozialen Umfelds (Familie und Peers), sozialer Statuslagen, gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen usw. an. Gleichwohl besteht die Gefahr, dass Verschwörungserzählungen kombiniert mit Krisenerleben auch oder vielleicht besonders für Jugendliche als Radikalisierungsbeschleuniger wirken.

Literatur

- Achcar, Gilbert (2020): Der Globale Süden und der große Lockdown. <https://monde-diplomatique.de/artikel/15710119> (07.12.2022).
- Arendt, Hannah (2003): Was ist Politik? München: Piper.
- Broschinski, Sven (2020): Dynamiken von Lohnungleichheiten in Europa. Betriebliche und arbeitsmarktpolitische Anpassungen während der Eurokrise. Wiesbaden: Springer VS.
- Brown, Wendy (2018): Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört. Berlin: Suhrkamp.
- Cook, Maria Lorena/Dutta, Madhumita/Gallas, Alexander/Nowak, Jörg/Scully, Ben et al. (2020): Global Labour Studies in the Pandemic: Editorial. In: *Global Labour Journal* 11 (2), S. 74–88.
- Crouch, Colin (2000): Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Der Spiegel (2020): Das Armutszeugnis. Ausgabe Nr. 23, 30.05.2020, S. 86–91.
- Eckardt, Frank (2020): Das Virus und die gespaltene Stadt. In: *Leviathan* 48 (3), S. 470–483.
- Gramsci, Antonio (1991): Gefängnishefte. Band 2, 2. und 3. Heft. Hamburg/Berlin: Argument.
- Habermas, Jürgen (1973): Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Beiträge zu einer Diskurstheorie des Rechts. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kendi, Ibram X. (2020): What the Racial Data Show. The pandemic seems to be hitting people of color the hardest. www.theatlantic.com/ideas/archive/2020/04/coronavirusexposing-our-racial-divides/609526 (07.12.2022).
- Kessler, Oliver (2008): Die Internationale Politische Ökonomie des Risikos. Eine Analyse am Beispiel der Diskussion um die Reformierung der Finanzmärkte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Korczak, Dieter/Peters, Sally/Roggemann, Hanne (2021): Private Überschuldung in Deutschland: Auswirkungen der Corona-Pandemie und die Zukunft der Schuldnerberatung. *WISO-Diskurs* 07/2021. <https://library.fes.de/pdf-files/wiso/17552.pdf> (07.12.2022).
- Koselleck, Reinhart (1982): Krise. In: Brunner, Otto/Conze, Werner/Koselleck, Reinhart (Hrsg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. Band 3. Stuttgart: Klett-Cotta, S. 617–650.
- Leibfried, Stephan/Obinger, Herbert (2008): Nationale Sozialstaaten in der Europäischen Union: Zukünfte eines »sozialen Europas«. In: Höpner, Martin/Schäfer, Armin (Hrsg.): *Die Politische Ökonomie der europäischen Integration*. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 335–368.
- Lessenich, Stephan (2022): Nicht mehr normal. Gesellschaft am Rande des Nervenzusammenbruchs. München: Hanser.
- Marshall, Thomas H. (1992): Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Müller, Jan-Werner (2016): Was ist Populismus? Ein Essay. Berlin: Suhrkamp.
- Nassehi, Armin (2012): Der Ausnahmezustand als Normalfall. Modernität als Krise. In: *Kursbuch* 170, S. 34–49.

- Nassehi, Armin (2021): Unbehagen. Theorie der überforderten Gesellschaft. München: C. H. Beck.
- Nassehi, Armin (2021b): Sichtbar unsichtbar. Warum der Ausnahmezustand normal ist. In: Kursbuch 209, S. 50–65.
- New York Times (2020): When Rich New Yorkers Fled, These Workers Kept the City Running. www.nytimes.com/2020/06/16/nyregion/mount-hope-bronx-coronavirusesessential-workers.html (07.12.2022).
- Offe, Claus (2019): »Unregierbarkeit«. Zur Renaissance konservativer Krisentheorien. In: Offe, Claus (Hrsg.): Staatskapazität und Europäische Integration. Wiesbaden: Springer, S. 105–126.
- Oxfam (2021): The Inequality Virus. Bringing together a world torn apart by coronavirus through a fair, just and sustainable economy. Oxfam Briefing Paper – January 2021.
- Pierson, Paul (1996): The New Politics of the Welfare State. In: World Politics 48 (2), S. 143–179.
- Piketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert. München: C. H. Beck.
- Preunkert, Jenny (2020): Eine Soziologie der Staatsverschuldung. Über die Finanzialisierung, Transnationalisierung und Politisierung von Staatsschulden in der Eurozone. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Prisching, Manfred (1986): Krisen. Eine soziologische Untersuchung. Wien/Köln/Graz: Böhlau.
- Reckwitz, Andreas/Rosa, Hartmut (2021): Spätmoderne in der Krise. Was leistet die Gesellschaftstheorie. Berlin: Suhrkamp.
- Schäfer, Armin (2015): Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Schumpeter, Joseph A. (2005): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. 8. Auflage. Tübingen: Francke.
- Steg, Joris (2020): Was heißt eigentlich Krise? In: Soziologie 49 (4), S. 423–435.
- Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin: Suhrkamp.
- Verlič, Mara (2020): Wohnen in Zeiten von Corona: Drei Bruchlinien der Wohngerechtigkeit. <https://urbanizm.net/4890939/bleiben-sie-zu-hause-ist-eine-der-zentralstenaufforderungen-zur-eindaemmung-der-corona-epidemie-die-aufmerksamkeit-diedadurch-dem-zuhause-zukommt-lenkt-den-blick-auch-auf-fragen-rund-u> (07.12.2022).
- Walby, Sylvia (2015): Crisis. Cambridge/Malden: Polity Press.
- Weishaupt, J. Timo/Ebbinghaus, Bernhard/Wendt, Claus (2013): Editorial: Der Umbau des Wohlfahrtsstaates in Krisenzeiten – Institutioneller Wandel in Deutschland im internationalen Vergleich. In: Zeitschrift für Sozialreform 59 (3), S. 279–290.

I. Krisen erkennen

Alles Krise, oder was?

Ein Beitrag zur Begriffsschärfung und Erfassung heutiger Krisen¹

Tjorven Harmsen, Oliver Ibert

1. Einleitung

Nicht erst seit der Covid-19-Pandemie oder dem Ukrainekrieg befindet sich der Krisenbegriff in nahezu inflationärem Gebrauch. Klimawandel, Fluchtmigration, Brexit, Reaktorunfälle, Terroranschläge, Hochwasser – die Liste der als Krise bezeichneten Ereignisse und Prozesse ist lang. Doch nicht nur die Reden von Krisen, sondern auch die »tatsächlichen« Phänomene dahinter scheinen sich zu entgrenzen. Vom Krisenfall ist nicht mehr nur bei einer akuten Notlage die Rede, sondern auch bei langfristigen Entwicklungen und großräumigen Gemengelagen (vgl. Ansell/Boin/Keller2010; Boin/Ekengren/Rhinard 2021). Gesellschaft und nicht zuletzt auch die Soziologie sind gezwungen, sich mit diesen neuen Krisen auseinanderzusetzen. Doch wo kann die soziologische Beschreibung beginnen, wenn Bezeichnung und Bezeichnetes einander verschlingen und unklar wird, wo Anfänge und Enden von Krisen liegen?

Bei den vielen Reden über Krisen gerät vor allem durcheinander, ob es sich um die Diagnose eines Phänomens oder um eine Diskursstrategie handelt (vgl. Grunwald/Pfister 2007). Denn auf der einen Seite beschreibt der Krisenbegriff einen bestimmten Handlungskontext; auf der anderen Seite soll mit ihm schlicht Aufmerksamkeit auf ein Thema gelenkt werden. Insgesamt wird der Krisenbegriff zur Bezeichnung sehr unterschiedlich gelagerter Phänomene verwendet, häufig ohne dass eine explizite Begriffsklärung vorgenommen wird. So bleibt er auch im soziologischen Diskurs unterbestimmt und ist als analytischer Begriff wenig brauchbar (vgl. Kritik dazu Preunkert 2011; Oevermann 2016; Steg 2020; Ibert 2021). Der vorliegende Beitrag möchte diesem entgegenwirken und ein trennschärferes Bild von Krisen als Beobachtungsgegenstand zeichnen.

1 Dieser Beitrag basiert auf Forschungen des BMBF-geförderten Projekts *Resilienter Krisen Umgang: Die Rolle von Beratung bei der Schaffung und Nutzung von ›Gelegenheiten‹ in Krisenverläufen (RESKIU)*, Förderkennzeichen 01UG1732X. Wir möchten hiermit Verena Brinks (JGU Mainz) sehr herzlich für ihre wertvolle Mitwirkung an allen Konzeptionen des Projekts und so auch an diesem Beitrag danken!

Doch auch wenn von Krise als analytischem Begriff und nicht als Diskursstrategie ausgegangen wird, ist der konzeptuelle Umgang mit der heute typischen Entgrenzung von Krisenphänomenen alles andere als eindeutig. Auf der einen Seite werden Krisen als Ausnahmesituationen betrachtet, als akute Schadenslagen, die Beteiligte in ihrem Alltag unterbrechen und kollektives Handeln notwendig machen (vgl. Kornberger/Leixnering/Meyer 2019; Boin/t'Hart/Kuipers 2018). Auf der anderen Seite wird im entgrenzten Aufkommen der Fälle bereits »das neue Normal« gesichtet. Die Rede ist dann von einem »permanente[n] Krisenmodus der Gesellschaft« (Nassehi 2021, S. 301), von Dauerkrisen, von schleichenden Krisen (vgl. »Creeping Crisis«, Boin/Ekengren/Rhinard 2021) oder von Endloskrisen (»Protracted Crisis«, Jaspars 2021).

Anliegen des Beitrags ist es, den Krisenbegriff zu schärfen und für die Soziologie brauchbar zu machen (Abschnitt 2). Dazu möchten wir ein allgemeines Krisenverständnis ausprägen (Abschnitt 3), welches durch die interdisziplinäre Krisenmanagementforschung angereichert ist und Anschluss für bestehende soziologische Konzepte bietet. Krisen werden dabei als Situationen fundamentaler Bedrohung, Dringlichkeit und Unsicherheit verstanden, die ausschließlich innersozial prozessiert werden. Daraufaufgehend unterbreiten wir den Vorschlag, die Eigendynamik von Krisen stärker herauszustellen, indem Phasen des Krisenverlaufs unterscheidbar gemacht werden (Abschnitt 4). Schließlich soll ein erneuter Blick auf heute typische Krisenfälle geworfen und eine Einordnung vorgenommen werden (Abschnitt 5).

2. Unschärfe des Krisenbegriffs in der Soziologie

Wir können die Unschärfe des Krisenbegriffs in der soziologischen Literatur anhand zweier Abgrenzungsprobleme festmachen. Erstens ist Krise in der Soziologie so allgegenwärtig, dass es unmöglich wird, sie noch von Normalität zu unterscheiden. Zweitens finden sich Merkmale von Krise auch in anderen, soziologisch aber bereits geschärften Begriffen zur Benennung des Nicht-Normalen wieder, sodass die Etablierung eines analytischen Krisenbegriffs einer besonderen Begründung bedarf.

Die fehlende Abgrenzung von Krise zur Normalität

In der soziologischen Literatur lassen sich unterschiedliche Ansätze im Gebrauch des Krisenbegriffs ausmachen. Dieser Beitrag wählt, wie später zu zeigen sein wird, einen befürwortenden Ansatz (einen »Crisis Approach«, Boin/t'Hart/Kuipers 2018; vgl. Oevermann 2016) und zielt auf die Schärfung des Krisenbegriffs ab. Ein solcher Ansatz ist aber in der Soziologie wenig ausgeprägt.

In der Soziologie wird der Krisenbegriff typischerweise mit den großen gesellschaftlichen Strukturumbrüchen assoziiert. Bereits Marx und Engels haben Krise »als strukturelles Merkmal kapitalistischer Gesellschaften« (Steg 2020, S. 426; Merkel 2020) verstanden und damit den Begriff mit jeglichem sozialen und gesellschaftlichen Wandel sowie immer wieder neuen Zeitdiagnosen kompatibel gemacht (vgl. Schäfers 2018; Steg 2020, S. 426). Dies reflektiert den Umstand, dass die Disziplin in der Ära der »großen Entwicklungs- und Strukturkrisen der sich industrialisierenden Gesellschaft« entstanden ist (Schäfers 2018, S. 245; vgl. Steg 2020, S. 427) und diese Prägung bis heute nachwirkt. Je mehr allerdings die Soziologie sich selbst als »Krisenwissenschaft« (Schäfers 2018) versteht, desto weniger notwendig erscheint es, das Krisenhafte vom Nicht-Krisenhaften zu unterscheiden. Krise ist mit anderen Worten so tief in das soziologische Denken eingegraben, dass sie kaum noch als ein distinktes soziales Phänomen neben anderen zu behandeln ist.

Es kann, zweitens und dazu passend, eine Vielzahl fragmentierter Literatur ausgemacht werden, die den Krisenbegriff zur Bezeichnung aller möglichen Phänomene nutzt, ohne ihn jedoch selbst grundlegend zu definieren. Meist erfolgt der Gebrauch des Begriffs in Anlehnung an ein Alltagsverständnis, um mit der ihr inhärenten »Signalwirkung« (Preunkert 2011, S. 439) bestimmte Probleme besonders hervorzuheben. Preunkert (2011) bemerkte dieses bereits vor einigen Jahren und stellte heraus, dass der Gebrauch des Krisenbegriffs in der Soziologie zugenommen habe. Es lässt sich vermuten, dass dieser Trend sich bis heute, etwa unter Stichworten wie Corona, Klima, Krieg, verstärkt hat. Und auch wenn mit der Nutzung des Begriffs die Strategie verfolgt wird, Aufmerksamkeit auf bestimmte Themen im Diskurs zu lenken und einen gesteigerten Handlungsdruck nahezulegen, führt die inflationäre Häufung dazu, den Krisenbegriff semantisch auszuhöhlen (vgl. Grunwald/Pfister 2007).

Daran schließt sich eine dritte Position an, die den Krisenbegriff ablehnt, weil er »überhaupt in die Irre zu führen« (Nassehi 2021, S. 300) droht. Er verdeckt, dass es sich bei den mit ihm bezeichneten heutigen Phänomenen tatsächlich lediglich um den »ganz normalen« Vollzug funktionaler Differenzierung handelt. Und damit wiederum sollte vielmehr mit soziologisch bereits etablierten Theoriemitteln argumentiert werden, anstatt einen konkurrierenden Begriff aufzubauen, der zudem auch ein schillernder Alltagsbegriff ist. Krise ist in diesem Verständnis also, wenn überhaupt, ein »Oberflächenphänomen« (Nassehi 2021, S. 300), das die eigentlich interessierenden Zusammenhänge verdeckt statt sie zu ergründen. Die daraus resultierende Verknüpfung von Krisen mit Normalität kann jedoch auch aus unserer Sicht allzu schnell »analytisch in eine Sackgasse« (Steg 2020, S. 428) führen. Wie der Beitrag noch zeigen wird, besitzen Krisenphänomene eine Eigendynamik, für deren Verständnis die dargestellten Spielarten der Normalisierung des Krisenbegriffs nicht ausreichen.

Die fehlende Abgrenzung von Krise zu Risiko, Katastrophe und Konflikt

Wurde bisher argumentiert, dass es schwer fällt, Krise von Normalität zu unterscheiden, geht es im Folgenden darum, den Begriff der Krise von dem der Nicht-Krise innerhalb der Sphäre des Nicht-Normalen abzugrenzen. Wer von Krise spricht, muss begründen können, warum nicht besser semantisch verwandte, aber soziologisch bereits besser etablierte Begriffe für das Außernormale wie »Risiko«, »Katastrophe« oder »Konflikt« bevorzugt werden.

Der Risikobegriff scheint sich in der Soziologie – zumindest zwischenzeitlich – stärker als der Krisenbegriff durchgesetzt zu haben (vgl. Steg 2020, S. 428). Beck definiert Risiko als »Antizipation der Katastrophe. [...] Risiken sind immer zukünftige Ereignisse, die uns bevorstehen, uns bedrohen« (Beck 2007, S. 29). Risiko ist damit dem Eintritt eines Schadens *vorangestellt*. Mit Luhmann (2003) wird deshalb von einer »Folgeerwartung« von Entscheidungen gesprochen. Während Luhmann die Unterscheidung von Risiko (durch eigene Entscheidung beeinflussbar) und Gefahr (nicht durch eigene Entscheidung beeinflussbar) herstellt, findet die Grundunterscheidung Becks von Risiko und Sicherheit bis heute Bewährung. Beck (2007) selbst spricht im Untertitel seiner Weltrisikogesellschaft von der »Suche nach der verlorenen Sicherheit«, die sich bei der Umstellung der Moderne auf eine reflexive Form ergibt und als Risiko strukturkennzeichnend wird. Bonß' (2021) Beobachtung, dass im Ergebnis dreier Wellen Risikoforschung sowohl in der Forschung als auch in der Praxis ein Trend zur »Versicherheitlichung« liegt, erscheint daher passend. Er betont dabei, dass gerade auch Versicherheitlichung Platz für Unsicherheit lässt (vgl. Bonß 2021, S. 49).

Krisen haben zentral mit Unsicherheit zu tun, wie an späterer Stelle zu zeigen sein wird. Allerdings handelt es sich hierbei um fundamentale Unsicherheit, die sich laut Knight (1921) durch ihre Unkalkulierbarkeit genau vom Risiko (das für Knight eine kalkulierbare Gefahr darstellt) unterscheidet. Weiterhin geht es bei Krisen um eine spezifische Form der Antizipation eines Schadens. Karl Deutsch verdeutlicht dies mit der sprunghaft einsetzenden Erkenntnis eines Autofahrers, dass die überhöhte Geschwindigkeit seines Fahrzeugs ihn bereits über die Schwelle zum Kontrollverlust gebracht haben könnte und deshalb durch ihn eine sofortige Reaktion erforderlich wird. Es geht demzufolge darum, rechtzeitig zu handeln, um eine wachsende Gefahr im letzten Augenblick doch noch abzuwenden (vgl. Deutsch 1973). Es wird sich erst im Zuge des Handelns herausstellen, wie groß der Schaden bereits ist. In diesem Sinne geht es bei Krisen – über Risiko und die Antizipation von Zukunft hinaus – zusätzlich um die akute Bearbeitung eines Schadens, der vielleicht sogar schon eingetreten ist.

Die Katastrophensoziologie ist ebenso wie die Risikosoziologie eine etablierte spezielle Soziologie (vgl. Clausen/Geenen/Macamo 2003). Entsprechend differenziert sind die zugehörigen Konzepte und empirisch betrachteten Fälle. Krise und

Katastrophe sind Begriffe der Beobachtung von sozial bearbeiteten Schadenslagen. Im Kern benennt Katastrophe allerdings eine bereits gefallene Entscheidung hin zu einem negativen Ausgang. Diese Niedergangsdynamik beschränkt sich auf »[e]ntsetzliche soziale Prozesse« (Clausen/Geenen/Macamo 2003). Im Gegensatz dazu liegt dem Begriff der Krise eine »threat/opportunity framing dichotomy« (James/Wooten 2010, S. 89f.) zugrunde. Wie die Katastrophe ist die Krise ein Wendepunkt, aber der schlechte Ausgang ist nicht nur, wie bereits argumentiert, abwendbar, eine Krise kann darüber hinaus sogar auch Chancen beinhalten. Im Krankheitsverlauf bezeichnet Krise das Stadium, in dem es sich entscheidet, ob ein Patient sterben muss oder genesen kann. Die semantische Nähe zum Katastrophenbegriff ist vor allem dadurch zu erklären, dass Zeitdiagnosen in dieser Dichotomie immer häufiger die bedrohliche Seite von Krisen betonen und die andere Seite unterschlagen. Graf (2020) spricht von einem Bedeutungswandel, den der Krisenbegriff im Laufe des 20. Jahrhundert erfährt. Die Erfahrung der Überforderung von Krisenmanagementstrukturen in den 1970ern habe die Tendenz zur pessimistischen Lesart von Krise verstärkt.

Ansätze, die eine Prozessperspektive auf Krise anwenden, hinterfragen auch die dichotome Sicht, die ja nur entweder einen guten oder schlechten Ausgang der Krise kennt. Statt von einem Positiv/Negativ-Dualismus auszugehen, wird hier Krise vielmehr als eine komplexe und dynamisch sich wandelnde Dualität verstanden, bei der Akteure im Prozess der Entfaltung einer Krise beständig darum ringen, Schaden einzugrenzen und Gelegenheiten zum Besseren zu ergreifen und sich auch die Bewertung des Geschehens beständig wandelt. »To call this unfolding either ›negative‹ or ›positive‹ is to miss much of its deep structure« (Weick 2003, S. 68). Im Unterschied zu Katastrophen, sind Krisen durch die Erfahrung »of unintended consequences that develop and unfold unpredictably in an unknowable world« (Weick 2003, S. 68) geprägt.

Die dritte Abgrenzung, die für einen trennscharfen Krisenbegriff nötig wäre, ist die zum Konflikt. Wer von Krise sprechen will, spricht allzu schnell von Konflikt, wie aktuell nicht zuletzt Nassehis (2021) Buch *Unbehagen. Theorie der überforderten Gesellschaft* zeigt: Zielkonflikte zwischen Systemen mit jeweiligen Eigenlogiken bestimmen den Krisenverlauf. Leser*innen werden das einleuchtend finden, treten Konflikte, Streit zwischen Identitäten und Polarisierungen doch offensichtlich im Rahmen von Krisen hervor, wie man in der Covid-19-Pandemie erleben konnte. Auch der 41. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie im September 2022 widmet sich dem Streit zwischen Identitäten: »Polarisierte Welten« kennzeichnen die krisengeschüttelte Welt von heute.

Dieser Beitrag möchte dagegen argumentieren, dass ein trennscharfer Krisenbegriff auch vom Konflikt abgegrenzt werden muss. Konflikt entsteht in der Konfrontation sich widersprechender Weltbilder (vgl. Gill 2003), diese bleiben aber in sich stabil. Krisen – wie an späterer Stelle ausführlicher gezeigt wird – beruhen auf einer fundamentalen Erschütterung von Weltbildern (>collapse of

sensemaking; Weick 1993). Dieser zentrale Aspekt einer Krisendynamik kann nicht mit Konzeptionen des Konflikts erklärt werden und findet aus unserer Sicht bislang zu wenig Berücksichtigung in der Soziologie.

All diese Aspekte weisen darauf hin, dass dem Krisenbegriff eine positive, möglichst generische Definition und eine schärfere Abgrenzung zukommen muss, soll er sowohl theoretische als auch empirische soziologische Analysen ermöglichen können. Wann beginnt eine Krise, wann hört sie auf? Wo taucht sie überhaupt auf? Wie verlaufen Krisen? Zur Beantwortung von Fragen wie diesen sollen im Folgenden einige Konzepte vorgestellt werden.

3. Krise als innersozialer Prozess

Dieser Beitrag möchte zur Schärfung des Krisenbegriffs beitragen, indem er zunächst ein allgemeines Verständnis von Krisen ausbildet. Ein allgemeines Krisenverständnis bedeutet, in Krisenfällen unterschiedlicher Sachlage wiedererkennbare Merkmale aufzufinden (vgl. Brinks/Ibert 2020a; Ibert 2021). Wir sehen es dabei als konzeptuelle Entscheidung und analytischen Vorteil an, bestimmte, von Normalität und Alltag unterscheidbare Prozesse als Krise aufzufassen (vgl. Boin/t'Hart/Kuipers 2018). Diese Entscheidung soll Krisen abgrenzbar und in ihrer Eigendynamik erklärbar machen.

Bedrohung, Dringlichkeit und Unsicherheit als innersoziale Krisenmerkmale

Um eine erste allgemeine Krisendefinition vorzunehmen, lohnt sich ein Blick in die interdisziplinäre Krisenmanagementliteratur. Darin wird der Grundbegriff der Krise relativ trennscharf verwendet (auch wenn es kein einheitliches Verständnis gibt, vgl. Bundy et al. 2017; Hällgren/Rouleau/de Rond 2018). Von einer Krise ist die Rede bei einem »serious threat to the basic structures or the fundamental values and norms of a system, which under time pressure and highly uncertain circumstances necessitates making vital decisions« (Rosenthal et al., zit. n. Boin/t'Hart/Kuipers 2018, S. 24). Eine Krise kann also als eine akute Entscheidungslage betrachtet werden, in der fundamentale Bedrohung, Dringlichkeit und Unsicherheit vorherrschen. Eine solche Definition ist nicht nur innerhalb der Krisenmanagementforschung oder in den Organisationswissenschaften, sondern für die Soziologie insgesamt hochgradig anschlussfähig. Denn zunächst steht nicht die Sachlage einer Krise im Vordergrund, sondern Entscheidungen – und damit: sozialinterne Prozesse. Verallgemeinert kann mit Luhmann (1987) auch von sozialen Operationen bzw. Kommunikation gesprochen werden.